



«Wem sini Zuekunft? Oisi Zuekunft!»: Schülerinnen und Schüler demonstrieren in Zürich am schweizweiten Klimastreik vom 2. Februar 2019.
Ennio Leanza/Keystone

No future, das war gestern

Heute streiken wieder Tausende Schweizer Schülerinnen und Schüler für den Klimaschutz. Warum sind die Proteste so erfolgreich, wie werden sie überleben – und was können sie bewirken?

Von [Elia Blülle](#), 15.03.2019

Junge Menschen, die streiken. Demonstrieren. Überall, in ganz Europa, Australien und Amerika. Seit Wochen schreien sie sich in die Medien, Parlamente, Familien, Schulen, Universitäten, Parteien. Und sie sind extrem erfolgreich damit. Auch in der Schweiz.

Ihre Forderung: Die Schweiz soll den nationalen Klimanotstand ausrufen, bis 2030 die inländischen Treibhausgasemissionen auf netto null reduzieren und – falls diesen Forderungen nicht nachgekommen werden kann – einen Systemwandel anstreben.

Proteste sind wie Vulkane: Sie brechen immer dann aus, wenn es niemand erwartet, und im Nachhinein finden sich dann doch unzählige Anzeichen, mit denen die Eruption hätte vorausgeahnt werden können.

Aber der Klimavulkan brodelt schon lange. Seit fast 200 Jahren weiss die Wissenschaft vom Treibhauseffekt, seit 1992 sucht die UN-Klimakonferenz nach globalen Lösungen, und seit je passiert viel zu wenig.

Warum also gehen die Schülerinnen gerade jetzt auf die Strasse?

I. Der Zeitpunkt

Schweizer Jungparteien erleben ein noch nie da gewesenes Wachstum und gehen auf Konfrontation mit ihren Mutterparteien – wie zuletzt mit Referenden gegen das Geldspielgesetz oder die AHV-Reform.

No future, das war gestern.

Die Jugend rebelliert wieder und prägt damit die Politik.

«Die Generation Y hat sich angesichts von Krisen und Verunsicherung ins Private zurückgezogen. Anders die Generation Z, die nach 1997 Geborenen», sagt Lukas Golder, Co-Leiter des Forschungsinstituts GFS Bern. Seit drei Jahren beobachtet er, wie eine neue Generation heranwächst, die Machtstrukturen hinterfragt und deren Mitglieder sich wieder als politische Subjekte begreifen. Die Klimastreiks seien womöglich erst ein erstes Aufbäumen einer Generation, die sich noch viel unbequemer und extremer artikulieren wird.

Dass die Schweizer Jugend für den Klimaschutz auf die Strasse geht, hängt aber nicht nur mit erstarktem Aktivismus zusammen.

Die Gründe dafür liegen in einem Mix, bestehend aus den Tatsachen, dass mit Brasilien und den USA zwei der grössten Volkswirtschaften der Welt von Klimaleugnern regiert werden und dass der Nationalrat im Dezember das CO₂-Gesetz nonchalant in den Eimer getreten hat. Als dann auch noch Greta Thunberg an der Klimakonferenz in Katowice zum Streiken aufrief, gehörten die Schweizer Schüler zu den Ersten, die ihrem Appell folgten, die Schule schwänzten und vor den Rathäusern Position bezogen.

Angesichts der drohenden Katastrophe müsste man meinen, dass die Klimaerwärmung schon lange die Liste der politischen Prioritäten anführen sollte. Tut sie aber nicht.

Verantwortlich dafür ist auch die SVP, die hierzulande seit 1992 den Takt vorgibt. Sie bestimmt die Agenda und ist historisch eng mit der mittlerweile verblichenen Autopartei verbunden, deren Gründer Michael Dreher – heute SVP-Mitglied – einst «Linke und Grüne an die Wand nageln» und «mit dem Flammenwerfer drüber» wollte. Die SVP hat mit der FDP am Rockzipfel den konsequenten Klimaschutz aus dem Programm gestrichen.

Die politische Agenda sei wie ein Tisch, sagt Ständerat Ruedi Noser, einer der wenigen klimafreundlichen Freisinnigen. Wenn der Tisch dreissig Jahre lang mit Migration, Europa, Lohnschutz, Pädophilen- und Verwahrungsmassnahmen belegt werde, fehle für andere Themen der Platz. Genau dies sei mit dem Klimaschutz passiert. Der Tisch sei überfüllt – und es werde immer schwieriger, Themen zu setzen.

Die Linken profilierten sich ihrerseits umweltpolitisch vor allem durch den Atomausstieg – und ihre Mutlosigkeit. Die Grünen schafften es

trotz wissenschaftlicher Warnungen und dem Naturschutz als Programmschwerpunkt nicht, die Klimaproblematik in den politischen Diskurs zu tragen, und kurbelten stattdessen mit chancenlosen Volksinitiativen die Diskussionen über die Ernährungs- und die Raumpolitik an.

Der Berner Historiker Ueli Haefeli veröffentlicht dieses Jahr ein Buch zur Geschichte der Schweizer Umweltpolitik. Er sagt, dass es für die grünen Bewegungen sehr schwierig gewesen sei, mit der Klimaerwärmung zu politisieren: «Das Anliegen ist diffus. Die Folgen werden erst in der Zukunft sichtbar sein. Luftverschmutzung, Artenschutz, Fukushima waren konkrete Bedrohungen. Für die Grünen war es viel einfacher, den gefährdeten Wolf zu verteidigen, als auf eine radikale Klimawende zu setzen.»

Global betrachtet haben Kampagnen zur Leugnung des Klimawandels und die Wirtschaftskrise den Umweltbewegungen in den letzten Jahrzehnten massiv geschadet. Den Begriff der Nachhaltigkeit kaperten Werbeagenturen. Anstatt den gesellschaftlichen Strukturwandel zu forcieren, wälzten Politik und Wirtschaft mit den Umweltbewegungen in Geiselhaft die Verantwortung auf das Individuum ab.

Der grassierende Irrglaube: Willst du das Klima retten, sollst du Tofu-Würste grillieren, lokales Biogemüse kaufen und am besten auch noch ein Solarpanel aufs Dach montieren. Ändert sich die Nachfrage, folgt das Angebot, folgt auch die Klimawende.

Ein Glaubenssatz, der sich tief in der Gesellschaft verankert, die grüne Bewegung aufgefressen und den politischen Aktivismus von der Politik ins Reformhaus verlagert hat.

Symptom und Symbol dafür: Während sich weltweit eine Klimabewegung formiert, die einen Systemwandel fordert, preist der Schweizer WWF auf seiner Website gerade seinen Einkaufsratgeber für einen nachhaltigen Konsum an.

Die Individualisierung der Klimafrage hat faktisch zu einer Entpolitisierung geführt. Der Starbucks-Soja-Latte war plötzlich eine Ersatzhandlung für politischen Aktivismus. So entstand ein grünes Bullerbü, das sich den eigenen Feinkost-Luxus als politisches Engagement zurechtlegte.

Es mag sein, dass SUV-Fahrer und Jetsetterinnen Symptome einer falschen Anreizpolitik sind – grüne Bewegungen konstruierten sich daraus aber lieber persönliche Feindbilder, statt das Problem auf politischer Ebene zu bekämpfen.

Die Klimastreikenden haben das begriffen und fordern deshalb einen politischen Umbruch: «System change, not climate change!»

II. Der Erfolg

Im Kampf um Aufmerksamkeit verfügt die Klimajugend über eine entscheidende Superwaffe: ihre digitale Vernetzung.

Während sich etablierte Parteien und Organisationen mit den neuen Medien und der Digitalisierung schwertun und viel Geld in neue Wahlkampfmethoden investieren, sind die Digital Natives bereits daran, den Protest im Internet neu zu erfinden.

Instagram, Snapchat und Facebook sind für sie nicht nur Medien, sondern eine virtuelle Welt, in der sie sich ebenso flink bewegen wie auf der Strasse.

Die Jugendlichen sind mit Smartphones in der Hand aufgewachsen, durchdringen die digitale Aufmerksamkeitsökonomie und beherrschen die Kunst der Inszenierung wie die 68er das Mittel der Provokation.

Das manifestiert sich in ihrer Fähigkeit, die Medien für ihre Anliegen zu gewinnen. Anders als etwa die jungen Zürcher Autonomen der 1980er, die einst ein amerikanisches CBS-Kamerateam im Jugendzentrum symbolisch an einen «Marterpfahl» banden und mit Farbe übergossen, treten die Jugendlichen seriös auf, präsentieren sich als smarte Klimaaktivisten auf der Höhe der wissenschaftlichen und politischen Debatten.

Journalistinnen geben sie Zugang zu Treffen und Sitzungen, die Kameras werden gesucht. Nach einem Treffen mit Umweltministerin Simonetta Sommaruga hielten sie vor dem Bundeshaus eine Pressekonferenz ab. Mehrsprachig und mit eigenem Instagram-Livestream.

Dass ihre Medienstrategie aufgeht, zeigte sich auch vor drei Wochen, als sich 250 Klimajugendliche in einem miefigen Berner Kirchgemeindehaus zu einer nationalen Versammlung trafen, um die Zukunft der Proteste zu planen. Es waren mehr Journalisten anwesend als an jeder Parteiversammlung. Selbst als die Schülerinnen in kleinen Sitzgruppen die letzten Kommas in ihren Forderungen verschoben, wurden sie von drei Filmteams begleitet. Der Platz war so eng, dass sich die Tonverantwortlichen von Arte und SRF mit ihren Mikrofonstangen ins Gehege kamen.

In einem Whatsapp-Chat, den die Klimastreikenden für die Medien eingerichtet haben, gehen täglich mehrere Anfragen ein: Der «SonntagsBlick» möchte sechs junge Schülerinnen porträtieren, die «Schweizer Illustrierte» plant eine Titelstory mit zwanzig Jugendlichen, «die Lust auf die Verbreitung ihrer Botschaft haben», und die «Schweizer Familie» sucht «junge Leute, Schülerinnen und Schüler, die gemeinsam mit den Eltern, den Grosseltern, mit Gotte oder mit allen zusammen an Demos waren».

Dass sich sogar ein biederes Familienblatt für die Streikenden interessiert, sagt viel über ihre Zusammensetzung aus. Es sind nicht die üblichen «linksversifften» Aussenseiterinnen und Krawallmacher, die durch die Strassen ziehen, sondern ein braver Haufen, bestehend aus der urbanen, linken Bildungselite. Die Gymnasiastinnen und Studenten kommen mitten aus der Gesellschaft.

An den Kundgebungen wird speziell darauf geachtet, dass auch körperlich Beeinträchtigte protestieren können. Die Schülerinnen setzen auf Breite. Alle sind willkommen. Entscheidungen werden im Konsens gefällt. Ist von 250 Aktivisten eine Person gegen einen Vorschlag, wird er verworfen.

Vor kurzem wurde in einem Chat der Bewegung debattiert, ob man an der nächsten Demo das Rauchen verbieten soll, damit man nicht zu viel Abfall zurücklässt. Für zwei Graffiti in der Stadt Zürich holten sie eine Bewilligung ein. Älteren linken Bewegungen mag das absurd vorkommen. Aber womöglich erweist sich genau dieses Vorgehen als kluge Strategie.



Sichtbare Parteien oder Organisationen sind nicht erwünscht, selbst gemalte Kartonschilder mit originellen Sprüchen und Forderungen dafür umso mehr: Am «Marsch für das Klima» in Lausanne vom 18. Januar 2019 nahmen mehr als 8000 Protestierende teil. Valentin Flauraud/Keystone

Anders als andere Protestgruppen versuchen die Klimastreikenden die Konfrontation mit der Polizei und anderen Behörden um jeden Preis zu vermeiden. Negative Presse auch.

Die 17-jährige Fanny Wissler, die vorletzte Woche in der Talksendung von Roger Schawinski auftrat, erzählt, wie sie in einem Medientraining gelernt hat, ihre Botschaften zu platzieren: «Wir haben uns eine Strategie zurechtgelegt. Für uns war klar, dass wir bei Schawinski unsere Forderungen und die wissenschaftlichen Fakten ins Zentrum stellen müssen. Über Schulabsenzen, Instrumentalisierungen, persönliches Konsumverhalten wollten wir bewusst nicht sprechen. Denn darum geht es nicht.»

Das Glatte, Saubere, die Inszenierung zieht sich durch alle Überlegungen. Und scheint sich zuweilen auch auf die Bewegung zu übertragen.

Ja nicht anecken, lautet die Devise.

Die Klimaproteste sind eine Wohlfühlbewegung. Die Einstiegshürden sind tief und Repressionen nicht zu befürchten. Als waadtländische Gymnasien streikenden Schülerinnen für versäumte Prüfungen eine Eins verpassen wollten, war die Kritik so gross, dass sie die Tests wiederholen liessen.

Fragt sich nur: Können so brave Jugendproteste überhaupt etwas verändern?

III. Die Wirkung

Erreichen Proteste eine kritische Grösse, befeuern sie die Entstehung einer eigenen Kultur, die mit neuen Symbolen und Erzählungen aufwarten kann. Die Geschichte hat gezeigt: Wenn eine neue, subversive Jugendbewegung entsteht, zieht sie Popkultur, Mode und Zeitgeist an wie Kot die Fliegen.

Bewegungen sind dann erfolgreich, wenn sie es schaffen, die öffentliche Meinung, die Sprache, das alltägliche Verhalten zu beeinflussen und mit neuen Ideen den Status quo infrage zu stellen.

Dafür sind Krawall und Agitation, aber auch gestelzte Debatten nicht immer die besten Mittel. Wenn es die Schüler mit ihren Protesten schaffen, die Klimadebatte aus den linken Alternativszenen und technokratischen Wissenschaftszirkeln hinauszuführen und in den breiten Mainstream zu tragen, haben sie schon viel erreicht.

Als Papst Franziskus im Juni 2015 in einer Enzyklika («Laudato si'») Katholiken dazu aufforderte, sich für den Klimaschutz zu engagieren, führte das zu einem erstaunlichen Effekt. Eine Yale-Studie fand heraus, dass eine grosse Zahl der amerikanischen Gläubigen sechs Monate nach dem päpstlichen Appell deutlich besorgter war über die Klimaerwärmung als zuvor. 35 Prozent der Katholiken bestätigten, dass der Papst sie in ihrer Haltung beeinflusst hat.

Das Phänomen erhielt sogar einen eigenen Namen: der «Franziskus-Effekt». Auf einen ähnlichen Effekt kann die junge Klimabewegung jetzt abzielen.

Das wäre entscheidend. Heute ist die Klimaerwärmung in der Musik- und der Filmbranche, der Mode und der Webkultur nahezu inexistent. So paradox es klingt: Das Ziel einer modernen Klimabewegung muss sein, dass H&M «System change, not climate change!» mit dem Porträt von Greta Thunberg auf T-Shirts druckt, Ariana Grande ihre meist jugendlichen 148-Millionen Follower auf Instagram zum Widerstand motiviert und U2 «Live Climate»-Konzerte auf der ganzen Welt veranstaltet.

Als Vorbild könnte die Anti-Plastik-Bewegung dienen, die sich 2016 um Greenpeace und Friends of the Earth formiert hat. Den Kampagnen folgten Prominente wie Prinz Charles und Popstar Kim Kardashian, die ihren 130 Millionen Followern auf Instagram mitteilte, dass sie ab sofort keine Plastikstrohhalm mehr benutze.

In Grossbritannien unterschrieben innerhalb von nur vier Monaten 365'000 Menschen eine Petition zu einem nationalen Verbot von Mikroplastik. Ausgehend davon brach ein globaler Protest aus, der traditionelle politische Gräben zwischen Parteien und Ideologie zuschüttete. Jüngster Coup: Im Dezember haben das Europäische Parlament und der EU-Rat beschlossen, Einwegplastik-Produkte zu verbieten.

Der Schweizer Liedermacher Aernschd Born, der in den Siebzigern seine Stimme der Anti-AKW-Bewegung lieh, sagte 2016 in einem «Zeit»-Artikel: «Viele belächeln das heute. Aber ohne die Lagerfeuer, ohne das Gemeinschaftserlebnis wäre Kaiseraugst nicht verhindert worden und gäbe es heute keine Energiewendebatte und keine effiziente Fotovoltaik.»

Mit ihrer Offenheit und Breite vereint die Klimajugend viele Akteure hinter einem Ziel. Sie bildet eine Wir-Gruppe, die jenseits von Klein-Klein-Diskussionen eine neue Identität entfacht, die sich abkoppelt von der verstaubten 68er-Protestromantik und sich als politisches Subjekt begreift.

Der deutsche Soziologe Harald Welzer schrieb in seinem Buch «Das Ende der Welt, wie wir sie kannten», dass klimabezogene Anreize, Steuern sowie Regulierungen nur Menschen bewegen würden, die sich zuvor selbst bewegt hätten. Menschen, «die sich gegenseitig in die Lage versetzen, ermutigen, sich Beispiele geben und für Veränderung engagieren.»

Die Klimastreikenden tun genau dies. Mit ihrem überlegenen Auftreten, ihrer breiten Akzeptanz marginalisieren sie Verschwörungstheoretiker und Klimaleugner und bestärken eine schweigende Mehrheit in ihrem Engagement, bringen die Älteren zum Nachdenken und tragen ihre Sorgen in die Familien.

So begründete etwa Ruedi Noser seinen überraschenden Einsatz für die Gletscherinitiative damit, dass seine Töchter ihn herausgefordert hätten. Seit die Jugendlichen durch die Strassen marschierten, sei die Klimadebatte Dauerthema am Familientisch.

Im Gegensatz zu anderen Jugendprotesten sucht der Klimastreik nicht den Konflikt mit älteren Generationen, Traditionen und Gewohnheiten, sondern lädt sie dazu ein, die Klimaerhitzung nicht mehr länger als Frage von Pro und Kontra zu verstehen, sondern als eine Frage des Handelns und der Politik.

IV. Das Risiko

Die nächsten Wochen werden entscheiden, ob man in zwanzig Jahren tatsächlich von einer glorreichen grünen Generation sprechen wird – oder von einem Medienhype. Ein verhaltenes Zucken, das so schnell wieder verschwunden war, wie es sich behauptet hat. Ja, auch dieses Risiko besteht.

Denn das, was die Bewegung so erfolgreich macht – ihre Breite, ihre Schnelligkeit – ist zugleich auch ihr grösster Feind.

Wer will, dass seine Bewegung nicht als Fussnote der Weltgeschichte endet, kommt nicht darum herum, sich mit Zeynep Tufekci auseinanderzusetzen. Sie zählte in den letzten Jahren zu den wichtigsten Beobachterinnen sozialer Umbrüche. Die Soziologin sagte in einem Ted-Talk, dass heutige Proteste wie Mount-Everest-Besteigungen funktionieren.

Und zwar mit der Hilfe von sechzig Sherpas. Und die Sherpas sind das Internet.

Im Unterschied zum letzten Jahrhundert wachsen soziale Bewegungen heute nicht mehr organisch, sondern breiten sich explosionsartig aus. Auf Twitter wird eine Karte herumgereicht, die zeigt, an welchen Orten die Streikbewegung aktiv ist. Nach drei Monaten ist die von Greta Thunberg initiierte Protestbewegung bereits über alle Kontinente verstreut.

Noch vor wenigen Jahrzehnten musste die Druckerpressen anwerfen, wer die Massen mobilisieren wollte. Es gab keine Chatportale, die eine rasche, aber unpersönliche Kommunikation erlaubten. Heute geht das alles mit ein paar wenigen Klicks.

Doch Proteste sind wie Zucker. In kleinen Dosen nahrhaft, aber längerfristig nur leere Kalorien. Sie machen noch keine Bewegung. Es braucht Strukturen und Organisation, die es einer Protestgruppe ermöglichen, innere Konflikte auszuhalten und ihre Forderungen über die Zeit zu tragen.

Zeynep Tufekci vergleicht moderne Bewegungen mit Start-ups, die ohne Plan unkontrolliert wachsen und in einem Chaos enden, sodass sie einen schnellen Tod sterben. Dieses Schicksal widerfuhr auch der letzten weltumspannenden Bewegung.

2011 explodierten die «Occupy Wall Street»-Proteste mit einem Mal, siehten dahin, und ein Jahr nach ihrer Entstehung waren sie wieder verschwunden. Ihr Mitbegründer Micah White konstatiert in seinem Buch «Die Zu-

kunft der Rebellion», dass «Occupy» ein konstruktiver Fehlschlag gewesen sei. Jede Bewegung, die ohne genauen Plan auf der Strasse marschiere, sei «ein ineffektives Feel-Good-Spektakel». Führerlose Bewegungen wüssten nicht, wie sie komplexe Entscheidungen fällen sollten. «Occupy» habe es nicht geschafft, auch nur eine einzige konkrete Forderung zu artikulieren.

Die Klimabewegung steht in der Tradition von «Occupy». Sie hat Methoden und Symbole, wie etwa das Entscheiden im Konsens, das Ablehnen von Hierarchien oder das Fingerschütteln mit erhobenen Händen als Zeichen der Zustimmung, übernommen. Sie tut gut daran, nicht auch den Fehlschlag ihres Vorgängers zu kopieren.

Soziologin Tufekci sagt: «Moderne Bewegungen müssen sich schnell weiterentwickeln. Sie müssen herausfinden, wie sie kollektiv denken können. Sie sollen starke politische Vorschläge machen. Konsens kreieren und die Hebelwirkungen der Politik kennenlernen. Weil alle guten Intentionen, der Mut und die Opfer allein nicht ausreichen, um zu überleben.»

Diesbezüglich scheint die junge Schweizer Klimabewegung auf Kurs. Das ist die gute Nachricht. Im Unterschied zu «Occupy» sind hier Streber am Werk. Ausgerechnet das Nicht-Chaotische, das Disziplinierte und Hartnäckige, könnte den entscheidenden Unterschied machen. Die Bewegung beginnt sich zu strukturieren. Sucht das Gespräch mit Politikerinnen, hält sich aber von den etablierten Parteien und Organisationen fern. Lässt sich nicht instrumentalisieren. Spricht mit einer Stimme. Die Mobilisierung schreitet voran: Neben den Schülern beteiligten sich auch immer mehr Studentinnen an den Protesten. Kürzlich haben sich mehr als 12'000 Wissenschaftler aus der Schweiz, Österreich und Deutschland hinter die Schülerinnen gestellt.

Die schlechte Nachricht: Die Klimabewegung droht sich früher oder später selbst zu erhängen.

Als vor drei Wochen die Schüler während zweier Tage an ihrem nationalen Treffen ihre Zukunft planten, durften Journalisten alle Debatten begleiten – bis auf eine Ausnahme. Während sich die protestierenden Jugendlichen darüber unterhielten, wie die Forderung nach Systemwandel zu verstehen ist, wurden die Medienschaffenden für zwei Stunden vor die Tür gesetzt. Die Streikenden haben gelernt, wie sie das eigene Bild kontrollieren. Interne Konflikte passen nicht ins Sujet der geeinten Protestbewegung.

Revolutionäre seien wie Verliebte, hat der österreichische Ökonom Paul Rosenstein-Rodan einmal bemerkt: «Verliebte glauben, dies sei in ihrem Leben noch nie jemand anderem passiert. Daher lernen sie auch nicht von anderen und machen immer wieder die gleichen Fehler.»

Und einer der Fehler, die soziale Bewegungen gerne wiederholen: Sie zerreiben sich an Grundsatzfragen.

Viele der jungen Aktivisten fordern, dass sich die Bewegung ein antikapitalistisches Label anheften soll. Die linksextreme Revolutionäre Jugend hat im Voraus des nationalen Treffens in Bern per Flugblatt dazu aufgefordert, sich «den revolutionären Bemühungen» anzuschliessen. Denn es sei nicht möglich, das eine ohne das andere zu bekämpfen.

Grob gesagt, gibt es zwei Lager: diejenigen, die glauben, das Klimaproblem lasse sich mit wirtschaftlichem Wachstum vereinbaren. Und diejenigen, die eine zur Klimawende parallel verlaufende Überwindung des Kapitalismus fordern.

Die Kapitalismus-Diskussion trifft jede grüne Bewegung früher oder später. Einige ersticken oder zerbersten daran. Die Spaltung der Grünen Partei Schweiz 2004 in zwei Teile war ein Resultat davon. Unter der Ägide des Nationalrats Martin Bäumle bildete sich im Kanton Zürich aus der Grünen Partei heraus die Grünliberale Partei Schweiz. Der Grund: Die abtrünnigen Mitglieder wollten eine nachhaltige Umweltpolitik mit einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik kombinieren. Das war aus ihrer Sicht bei den linken Grünen nicht möglich.

Vorerst verzichteten die Jugendlichen darauf, den Antikapitalismus ins Programm zu schreiben. Sie konnten keine gemeinsame Position finden. Einige befürchten, das Schlagwort könnte abschrecken. Andere meinten, dass man nicht *system change* fordern könne und gleichzeitig davor zurückschrecken, eine klare Antwort zu formulieren, wie dieser Systemwandel auszusehen hätte.

Am Ende wird die Diskussion wohl ins Leere laufen. Die Jugendlichen entscheiden nur, wenn sich alle einig sind. Jemand wird immer die eine oder die andere Position ablehnen. Ausgerechnet der Konsens, der grösste Feind von «Occupy», könnte der Schweizer Klimastreikbewegung das Leben retten und sie vor der Spaltung bewahren.

Fragt man die Streikenden nach der Zukunft ihres Protests, wird die Gefahr ideologischer Streitigkeiten zwar genannt, doch die meisten ihrer Sorgen sind praktischer Natur: Viele der Gymnasiastinnen schreiben bald ihre Matura. Müssen lernen. Die Uniprüfung bestehen. Die Sommerferien werden kommen, das mediale Interesse abflachen. Einige der tragenden Figuren sind nach drei Monaten harter Arbeit neben Schule und Prüfungen ausgezehrt.

Was lässt sich daraus lernen?

In den Lehrplänen ist es nicht vorgesehen, dass Schülerinnen und Schüler streiken, auf die Strasse gehen, vor der Klimaerwärmung und ihren Folgen warnen. Aus gutem Grund: Es ist nicht ihre Aufgabe.

Oder wie Greta Thunberg kürzlich an einem Protest in Hamburg sagte: «Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Die Politik, die Mächtigen nicht.»

Debatte: Fordern können alle. Doch wer muss jetzt handeln?

Wie soll die Politik auf die Forderungen der Jugendlichen reagieren? Was ist realistisch? Was können wir als Individuen unternehmen? Was braucht es, dass sich Parlamente und Regierungen bewegen? Für heute Samstag haben wir vier junge Expertinnen und Experten dazu eingeladen, ab 15 Uhr mit Ihnen zu debattieren.